

<b>Zeitschrift:</b>	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerisches Ost-Institut
<b>Band:</b>	4 (1963)
<b>Heft:</b>	25
<b>Artikel:</b>	Die Dialektik der friedlichen Koexistenz (II) : zwei Hauptrichtungen zum Ziel
<b>Autor:</b>	J.S.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1076878">https://doi.org/10.5169/seals-1076878</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Dialektik der friedlichen Koexistenz (II)

## Zwei Hauptrichtungen zum Ziel

Wie sich die kommunistische These der friedlichen Koexistenz im internen und im propagandistischen Gebrauch unterscheidet und widerspricht (siehe letzte Nummer), so ist sie auch im äußeren Anwendungsbereich verschieden. Sie variiert immer den Umständen entsprechend, lässt aber zwei Hauptlinien erkennen: Koexistenz in den kapitalistischen Staaten einerseits (Betonung der Volksfrontidee) und den Entwicklungsländern andererseits (Hauptgewicht auf die nationale Bewegung).

## Im «Kapitalismus»

Die besondere Form der Koexistenzpolitik den entwickelten westlichen Staaten gegenüber findet in der neuesten Partei-theorie ihre ausführliche Begründung. Die Hauptargumente (insbesondere dieses und des letzten Jahres) sind:

Die Politik der friedlichen Koexistenz gestattet dem «sozialistischen Lager» eine Erweiterung seiner wirtschaftlichen Macht und seines politischen Einflusses. Sie bietet den Werktagen in den «kapitalistischen» Ländern bessere Bedingungen zur Fortsetzung ihres Kampfes gegen das Monopolkapital. Die friedliche Koexistenz festigt den Bund der Arbeiter mit den «sozialistischen» Ländern und gewinnt die Massen für die «sozialistische» Entwicklung.

Nach dieser Darstellung (z. B. in «Kommunist», Moskau, Nr. 3/1963) tragen die «sozialistischen» Länder mit ihrer Koexistenzpolitik zur *Verschärfung des Klassenkampfes* bei, insbesondere aus drei Gründen:

1. Der Klassenkampf erhält dadurch den internationalen (bisher nationalen) Rahmen, der seinem internationalen Inhalt entspricht.
2. Die Werktagen rechnen mit der Hilfe der «sozialistischen» Staaten.
3. Sie können die Erfahrungen der «sozialistischen» Länder für ihre Zwecke verwenden.

## Die Volksfrontparole

Muss die Koexistenzpolitik nach kommunistischer Version die breiten Massen im Kampf gegen das Monopolkapital verteidigen, so müssen diese ebenso immer von der «marxistisch-leninistischen Partei» geleitet sein, die allein das Recht beansprucht, diesen Kampf «zu organisieren und zu leiten», wie denn überhaupt «der Klassenkampf und die kommunistische Weltbewegung un trennbar verbunden seien. Die Koexistenzpolitik drückt also offiziell und direkt den Machtanspruch der Partei aus.

Die Koexistenzpolitik befürwortet im Westen eine Volksfrontpolitik unter kommunistischer Führung, eine «Koalition aller antimonopolistischen Kräfte». Dabei ist je nach Gegebenheiten die Hauptfront nicht im Parlament zu beziehen, sondern auf die «Revolution» der Straße zu verlagern, das heißt der gewaltsame Putsch einer bewaffneten Minderheit gegen die gewählten Vertreter des Volkes wird immer noch gutgeheissen (etwa N. Tropkin: «Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution», Moskau, 1961) und soll durch die friedliche Koexistenzpolitik bessere Aussichten erhalten.

Das geltende Programm der KPdSU (vom Herbst 1961) geht auch nicht weiter, als die Möglichkeit einer friedlichen Macht-ergreifung anzuerkennen. Der Aufstand

МОСКОВСКИЙ ГОСУДАРСТВЕННЫЙ  
ИНСТИТУТ МЕЖДУНАРОДНЫХ ОТНОШЕНИЙ

## МИРНОЕ СОСУЩЕСТВОВАНИЕ — ЛЕНИНСКИЙ КУРС ВНЕШНЕЙ ПОЛИТИКИ СОВЕТСКОГО СОЮЗА

Предисловие и общая редакция  
А. А. ГРОМЫКО

Eine massgebliche Quelle zur sowjetischen Koexistenzpolitik ist Außenminister Gromykos Buch «Die friedliche Koexistenz — der leninsche Kurs der sowjetischen Außenpolitik», Moskau, 1962.

wird lediglich als *nicht obligatorische* Form der «Revolution» bezeichnet (worin Differenzen zur chinesischen Auffassung bestehen). Die beiden Moskauer Konferenzen der kommunistischen Parteien (1957 und 1960) gewähren den einzelnen KP's gewisse Freiheiten zur Wahl der Form der Machtergreifung. Sie müsse nur dann bewaffnet sein, wenn der Gegner die kommunistische Führung nicht freiwillig anerkenne. Da nach Leninistischer These der Kapitalismus niemals freiwillig die Macht abtritt und sich Lenin nicht irren kann, muss sich jeder Kommunist jederzeit zur Anwendung von Waffengewalt legitimiert fühlen.

## Einmischung garantiert

Den von den kommunistischen Minderheiten der einzelnen Länder entfesselten «Revolutionen» beider Formen (friedliche und gewaltsame) verspricht das Parteiprogramm (1. Teil, Kapitel 5) die Hilfe der KPdSU respektive der Sowjetunion, was als «internationale Pflicht» betrachtet wird. Außerdem stellt das Parteiprogramm (1. Teil, Kapitel 8) allen staats- und regierungsfeindlichen Gruppierungen der «kapitalistischen» Staaten die sowjetische Unterstützung in Aussicht (was unter anderem direkt gegen die Aggressions-Definition der UdSSR selbst verstößt — siehe letzte Nummer): «Alle Organisationen und Parteien, die eine Vermeidung des Krieges erstreben, alle neutralistischen und pazifistischen Bewegungen und die bürgerlichen Kreise, die für Frieden und nor-

male zwischenstaatliche Beziehungen eintreten, werden bei der Sowjetunion Verständnis und Unterstützung finden.» Mit dieser heuchlerischen Phraseologie wird natürlich nur die als Frieden getarnte kommunistische Kriegsbewegung im Westen verstanden, denn wer im Ostblock gegen die kriegerische Aufrüstung oder auch nur für Neutralität wirken würde, wird mit dem Tode bestraft (siehe letzte Nummer). Somit handelt es sich um nichts anderes, als eine offiziell verkündete und dem Völkerrecht krass widersprechende Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Staaten.

## In den Entwicklungsländern

Den Entwicklungsländern gegenüber hat die Politik der friedlichen Koexistenz besondere Aspekte, die sich vor allem aus der Priorität des angeblichen Kampfes gegen den «Imperialismus» (das heißt die USA) ergeben.

Die Fachliteratur betont, dass als Prinzip der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und dem sozialistischen Lager das «unerschütterliche Bündnis» gelte. Während sich also die friedliche Koexistenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf den zugespitzten Klassenkampf (im nationalen und internationalen Massstab) konzentriere, eine Form des «erbitterten Klassenkampfes» darstelle, bezwecke sie in Richtung der Entwicklungsländer die «selbstlose Hilfe und Unterstützung», die Zusammenarbeit, ferner den gemeinsamen Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus. Dabei kommt aber dem Klassenkampf auch hier eine Bedeutung zu; er wird jedoch hinter den Aufgaben des Kampfes gegen den «Imperialismus» auf den zweiten Platz zurückgedrängt.

## Eine Frage des Vorrangs

Die friedliche Koexistenz in Richtung der Entwicklungsländer gilt also als ein Mittel zur Förderung des «Befreiungskampfes» (auch nach der Befreiung) und der inneren Revolution. Während sie in



Die Friedenstaube im Dienste der Koexistenzpropaganda. Jeder kommunistische Diktator hat verschiedene Exemplare und Sorten auf Lager.

den entwickelten kapitalistischen Ländern zum «Friedenskampf» gegen den Imperialismus (das heisst die USA) und zum inneren Klassenkampf beitragen muss, will sie in den Entwicklungsländern die Unzufriedenheit durch ständige Hetze gegen Kolonialismus, Imperialismus und erst nachher gegen die eigene Bourgeoisie schüren.

Die «Hilfe» der sozialistischen Länder an die Entwicklungsländer kommt anderseits in der Förderung der vollständigen Durchführung der Revolution zum Ausdruck. Das Parteiprogramm erklärt zu diesem Problem folgendes (1. Teil, Kapitel 6): «Mit der Eroberung der politischen Unabhängigkeit ist die nationale Befreiungsbewegung nicht zu Ende. Diese Unabhängigkeit bleibt brüchig und wird zu einer Fiktion, wenn die Revolution nicht zu tiefgreifenden Wandlungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben führt und die dringenden Aufgaben der nationalen Geburt löst.»

Die Politik der friedlichen Koexistenz fördert also in den Entwicklungsländern den Klassenkampf zunächst gegen die *fremden* Ausbeuter. Ihren Thesen nach muss das Proletariat zu diesem Zwecke auch das nationale Bürgertum, dessen Interessen mit dem Imperialismus unvereinbar sind, gewinnen. Auch in den Entwicklungsländern gelte als Gesetzmässigkeit: Der Befreiungskampf und die nachher kommende soziale (erst bürgerliche, nachher sozialistische) Revolution muss unbedingt von der Arbeiterklasse (?) geführt werden. Die Arbeiterklasse müsse aber hier im engen Bündnis mit den «werk täglichen» Bauern kämpfen. Sonst könnte die weitere Entwicklung der nationalen Revolution zu einer «sozialistischen» nicht garantiert werden. Anfänglich können einige bürgerliche Elemente sogar in die Führung der Einheitsfront des Proletariates und des Bürgertums aufgenommen werden, «mit der Zeit müssen sie aber von der Führung stufenweise entfernt werden» (Tropkin), denn diese Einheitsfront sei nicht nur anti imperialistisch, sondern auch antifeudal und antibourgeois.

### Die Lüge ...

Damit geht aus der kommunistischen Darstellung selbst hervor, dass die führenden Befreiungskreise der Entwicklungsländer vom Ostblock nur auf dem Weg zu ihrem vorgesehenen Sturz gefördert werden. Diese Einsicht scheint sich übrigens namentlich in Afrika doch allmählich zu verbreiten.

Andererseits zeigt sich gerade am Beispiel der Entwicklungsländer die kommunistische Bereitschaft, mit jedem System (sogar feudalistischer Art) zu paktieren, solange sich das gegen die entwickelten Länder des Westens ausnutzen lässt.

Laut sowjetischer Stellungnahme vermittelt die Politik der friedlichen Koexistenz den Entwicklungsvölkern die historischen Erfahrungen der Sowjetunion im Kampf gegen die inneren und äusseren Feinde und bringt ihnen bei, dass sie die Notwendigkeit der Befolung dieser Erfahrungen begreifen. Diese Erfahrungen und der bisherige Verlauf der «nationalen Befreiungsrevolution» beweisen demnach: Wo die Befreiungsbewegung nicht vom Proletariat, sondern von der nationalen Bourgeoisie geführt wird, werde letztere nach der Erkämpfung der Unabhängigkeit

keit gegen die sozialen Reformen, gegen die Weiterführung der Revolution Stellung nehmen und die Reaktion vertreten. Deshalb müsse die friedliche Koexistenz den Entwicklungsvölkern nahebringen, dass sie nach der Erkämpfung der Unabhängigkeit den ganzen alten Staatsapparat völlig zerstören und mit einem neuen ersetzen müssen. Von den Vertretern der früheren wohlhabenden Klassen dürfen lediglich jene Personen im Staatsapparat bleiben, welche mit dem Schicksal des werktätigen Volkes (in kommunistischem Jargon gleich der Partei) für immer verbunden sind. Die Fortsetzung der Revolution könne lediglich durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats garantiert werden.

Die sowjetische Philosophie erklärt, dass der Übergang der Entwicklungsländer direkt (ohne die zwischenliegenden Entwicklungsstufen zurückgelegt zu haben) in den



Die kommunistisch-nationalsozialistische Koexistenz gipfelte im Freundschaftspakt vom 28. September 1939 über die Aufteilung Polens. Stalin und Hitlers Aussenminister Ribbentrop bei der Unterzeichnung.

Sozialismus, durchaus möglich sei; dafür hätten die Entwicklungsländer schon Beispiele in Zentralasien. Um aber diesen Übergang möglich zu machen, müssten sie von den sozialistischen Ländern allseitige Hilfe erhalten.

### ... der Dienstbeflissenheit

Die Politik der friedlichen Koexistenz, die Jagd nach Popularität haben zur Folge, dass die UdSSR den Entwicklungsländern gegenüber eine servile Haltung einnimmt, um sie gegen den Westen (im Zeichen der friedlichen Koexistenz) ausspielen zu können. Die sowjetische Rechtstheorie steht seit einigen Jahren im Zeichen dieser politischen Aufgabe. Sie behauptet unter Berufung auf die Uno-Deklaration vom 14. Dezember 1960, dass alle Staaten verpflichtet seien, die durch die Krise im Kolonialismus neu entstehenden Staaten anzuerkennen. Laut dieser These stelle diese Pflicht einen Bestandteil des gel-

tenden Völkerrechtes und die Ablehnung der Anerkennung einen feindlichen Akt dar. Die Sowjetjuristen verkünden ferner die These, dass die neuen afrikanischen Staaten durch frühere Verträge nicht verpflichtet werden dürfen. Sie müssen selbst feststellen, welche Verträge sie beibehalten oder ablehnen wollen. Der Standpunkt der bürgerlichen Rechtswissenschaft, wonach die früheren internationalen Verträge entweder völlig abgelehnt oder völlig akzeptiert werden müssen, diene nicht dem Kampf gegen den Kolonialismus und könne von der Sowjetunion nicht angenommen werden.

Ferner behauptet die sowjetische Rechtswissenschaft, dass die «friedliegenden Staaten» gegen die Kolonialmächte gemeinsam auftreten sollten; ein solcher Krieg stimme mit dem Artikel 51 der Uno-Charta über die kollektive Selbstverteidigung völlig überein. Dabei bezieht sich der fragliche Artikel natürlich auf den Fall eines bewaffneten Angriffes.

### Die nationale Demokratie

Um den dialektischen Wandlungen ihrer Koexistenzpolitik mehr Raum zu gewähren, arbeitete die kommunistische Rechtswissenschaft eine Theorie der «nationalen Demokratie» aus und wendet diesen Begriff für die Entwicklungsländer an. Laut dieser These ist der nationaldemokratische Staat von «allgemein-demokratischem Inhalt». Die Behandlung des Begriffes der «nationalen Demokratie» stellt eine typische Anwendung der Dialektik auf die Außenpolitik dar: In der UdSSR und in allen «sozialistischen» Ländern wird nämlich die «Demokratie im allgemeinen» als reaktionär gestempelt und abgelehnt. Die sowjetische Rechtstheorie behauptet, dass es eine «Demokratie im allgemeinen» gar nicht geben könne, denn Demokratie und Staat seien Klassenbegriffe.

Der Begriff der «nationalen Demokratie» wurde eigentlich an der II. Moskauer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien (Nov. 1960) angenommen. Seitdem wurde ihm eine beträchtliche Literatur gewidmet. Es heißt unter anderem in der «Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien»: «Unter den jetzigen historischen Verhältnissen entstehen in vielen Ländern günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Bildung eines unabhängigen Staates der nationalen Demokratie...» Die Kriterien dieses Staates wurden folgendermassen aufgezählt: Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegen den Imperialismus, Kampf gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals, Ablehnung der diktatorischen und despatischen Verwaltungsmethoden, Gewährung von breitesten demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk, Agrarreform und andere Reformen, welche für die demokratische und nachher sozialistische Umgestaltung notwendig sind, Bündnis zwischen Proletariat und der patriotisch denkenden nationalen Bourgeoisie unter der Leitung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Eine beinahe wörtliche Wiederholung dieser These findet sich im neuen Parteiprogramm (Teil 1, Kapitel 6) unter dem Titel «Die nationale Befreiungsbewegung».

J. S.

(Fortsetzung folgt)

## Bildung

Polen

### Geistesarbeiter ohne Primarschule

In einem polnischen Grossbetrieb haben nahezu 50 Prozent der geistig arbeitenden Angestellten keine abgeschlossene Mittelschulbildung und einige von ihnen sogar keine fertige Primarschule. Von den übrigen Werktäglichen hat rund die Hälfte keine Grundschulbildung, und einzelne Arbeiter sind noch Analphabeten.

Das sind die Ergebnisse einer Ermittlung, über welche die Warschauer «Trybuna Ludu», die grösste Zeitung des Landes, kürzlich berichtete. Das Beispiel lässt erkennen, dass die polnischen Schul- und Bildungssorgen, die durch Raumnot und Lehrkräftemangel gekennzeichnet sind, trotz allen Anstrengungen akut geblieben sind. Daneben dürften die Zahlen auch ein Indiz dafür bilden, dass in den Unternehmen immer noch viele Leute sind, die mehr durch Parteidoktrin oder sonstige Begünstigung wichtige Posten erhalten haben als durch berufliche Qualifikation.

Die vorgenommene Untersuchung bezieht sich auf die gut 8000 Beschäftigten der Hüttenfabrik von Ostowiec, von denen 3600 die normale Siebenjahresschule nicht beendet haben. (Gegenwärtig wird die Primarschule auf acht Jahre ausgeweitet.) Zwölf Arbeiter bescheinigen ihren Lohnempfang mit einem Kreuz. Von den nicht ganz 1200 «Geistesarbeitern» haben 26 die Primarschule und 552 die Mittelschule (vier Jahre) nicht abgeschlossen. Die Zahl der Hochschulabsolventen beträgt 109.

Der kommunistische Staat ist an sich immer um Unterricht und Fachbildung bemüht, da er dies als Machtfaktor ersten Ranges klar erkannt hat. Man wird dem Kommunismus nicht abstreiten können, dass der Analphabetismus nach seiner Machtübernahme sehr rasch entscheidend zurückgedrängt wird (wie das in der neueren Zeit vor allem am Beispiel Kubas belegt wird). Daneben aber besteht in allen kommunistischen Staaten eine Diskriminierung nach ideologischen und politischen

Gesichtspunkten, die sich namentlich in den Volksdemokratien, die jüngeren Datums sind, auswirkt. Von der Partei geförderte junge Leute haben schon bessere Aussicht, höhere Bildung zu erreichen, finden mehr Unterstützung in den Prüfungen und werden schliesslich in gute Stellungen untergebracht, auch wenn fachlich bessere Bewerber vorhanden sind.

Die Gefahr dieser Günstlingswirtschaft auf Grund von blossen Parteidiensten für Wirtschaft und Wissenschaft ist zwar weitgehend anerkannt, aber deswegen noch lange nicht behoben worden. Kadars Versuch, in der Produktion (politische Schlüsselstellungen sind selbstverständlich immer der Partei vorbehalten) mehr Fachleute und weniger Funktionäre zu beschäftigen, stösst auf den hartnäckigen Widerstand der alten Parteidader, die ihre Sonderstellung mit Obstruktion alles Neuen verteidigen. In Polen ist das Problem der unqualifizierten Geistesarbeiter und Chefs nicht neu. Alle Jahre wieder stellt man seine Lösung in Aussicht. Aber anscheinend nicht mit durchschlagendem Erfolg.

### Neuer Neutralitätsbegriff

Der Neutralitätsbegriff wird gegenwärtig von der sowjetischen Parteitheorie umdefiniert. Der von Moskau aus geleitete Internationale Verband demokratischer Juristen hat eine Kommission damit beauftragt, «den modernen Begriff der Neutralität auszuarbeiten». In welche Richtung die Deutung gehen wird, lässt sich schon aus verschiedenen Publikationen vom Mai und Juni erkennen. Es handelt sich um die Forderung nach «aktiver» oder «positiver» Neutralität, worunter in erster Linie feindliche Einstellung zum amerikanischen «Imperialismus» und gleichzeitig Anlehnung an die sowjetische Koexistenz verstanden wird. Die schweizerische Neutralität wird jedenfalls durch die Neuformulierung Moskaus härter als zuvor angegriffen werden.

## Industrie

UdSSR

### Vorrang des Kunststoffs

Kaum hat der sowjetische Ministerrat den Beschluss gefasst, für die Jahre 1964-65 eine vermehrte Produktion von Kunststoffen zu planen, sind auch schon in der Presse Artikel erschienen, die auf die praktische Unrealisierbarkeit dieses Beschlusses hinweisen.

Als wichtigste Hindernisse für die Entwicklung der Kunststoffindustrie bezeichnet in der «Prawda» der Direktor der Kunstofffabrik in Mogilew folgende Tatsachen: Die ungenügende Belieferung der Fabriken mit Rohstoffen wie Schwefelsäure als Folge der unzweckmässigen und unkoordinierten Planung; ganz allgemein sind die Leistungen der Fabriken, die Chemikalien produzieren zu klein und entsprechen nicht den Bedürfnissen der Kunststofffabriken; die Inbetriebsetzung neuer Kunststoffbetriebe ist weniger rentabel als die Erweiterung der bestehenden Fabriken; die Qualität der Zellulose entspricht nicht den Anforderungen der Viskosefabriken; die Lack- und Farbenindustrie liefert Farben, die in den Kunststofffabriken aus technologischen Gründen nicht verwendet werden können; die Herstellung von Ersatzteilen für die Ausrüstung der Kunststofffabriken ist nicht zweckmässig organisiert, sie werden als zusätzliche Aufträge in nicht spezialisierten Fabriken hergestellt und ihre Qualität ist dementsprechend schlecht.

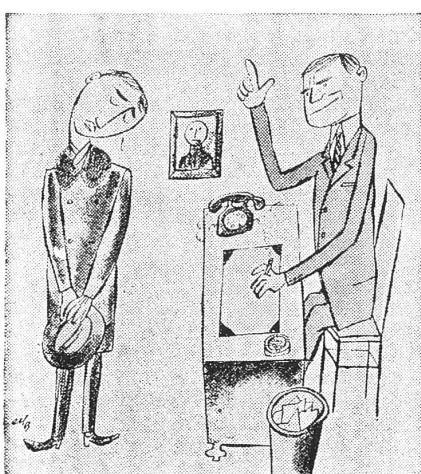
Der Rückstand der sowjetischen Kunststoffindustrie manifestiert sich besonders stark bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs. Den Beweis dafür bildet die Tatsache, dass z. B. Kleider aus Kunstoffasern, Damenstrümpfe, Plastiktischdecken, Plastikkugelbeutel und sogar Kunstoffwäsche-klammern zu den begehrtesten Kaufobjekten der sowjetischen Touristen in den west-europäischen Ländern gehören.

### Der Schnapschuss

Die in Kalkutta erscheinende kommunistische Zeitung «Swadhinata», das offizielle Organ der KP-Organisation Westbengalens, wurde kürzlich von den Anhängern der «Pekinger Richtung» gesäubert. Alle Angestellte, die sich gegen die an Moskau orientierte Politik des Parteivorstandes der KP Indiens und gegen den Parteivorsitzenden S. A. Dange ausgesprochen hatten, wurden einfach auf die Strasse gesetzt. Die Sowjets witterten eine günstige Gelegenheit, diese Genossen umzuschulen und wieder auf Moskauer Kurs zu bringen. Die arbeitslosen Genossen werden sich sicherlich dankbar dafür erweisen, dass sie fortan im Büro der sowjetischen Propagandazeitschrift «Soviet Land» in Kalkutta ihren Broterwerb haben.

\*

In der SBZ ist immer noch ein Erdkunde-Schulbuch für das 6. Schuljahr in Gebrauch, in dem es in der Sparte Europa, Teil II, über Jugoslawien heisst: «Tau-sende aufrechter Jugoslawen, die gegen die verhängnisvolle Herrschaft Titos kämpfen, werden ins Gefängnis geworfen. Aber der Widerstand im Lande wird immer noch stärker und kraftvoller.»



Tut mir leid, die Direktorenposten sind alle schon besetzt. Wir brauchen nur noch Fachleute. («Szpilki», Warschau)